

»Endlich hat
Dresden einen
Aktionsplan
Integration«

Margot Gaitzsch



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

September/Oktober 2022

Zusammen- trommeln

Gegen die Preisexplosion: Wir kämpfen für eine Deckelung der Strompreise und für eine erschwingliche Mittagsversorgung unserer Kinder. » Seite 6 und 7



Herbst der Hoffnung

Ein starkes Zeichen, das da am 5. September aus Leipzig in die Bundesrepublik gesandt wurde

Gregor Gysi hatte es auf dem Leipziger Augustusplatz gesagt: »Es wurde Zeit, dass DIE LINKE endlich wieder eine solche Kundgebung zusammenrommelt!«

Der Aufzug Tausender auf der Leipziger LINKEN-Demo war ein Zeichen der Hoffnung – ihrer Hoffnung, dass ihr persönliches Aufbegehren eine Richtungsänderung der herrschenden Politik bewirken kann. Denn darum geht es: Abseits außenpolitischer Zeitenwenden geht es doch so weiter wie in den letzten Jahrzehnten immer. Eine wohlhabende politische Elite »schwört« die große Mehrheit der Bevölkerung auf Entbehrungen ein,

treibt die Privatisierung von Gewinnen (sowohl bei Rüstungs- als auch Mineralölkonzernen hüben wie drüben) und die Sozialisierung von Verlusten voran. Verteilt wird Reichtum – wenn überhaupt – aus der Mitte nach Unten. Diese Bundesregierung schreckt vor der Heranziehung der wirtschaftlich Starken so sehr zurück, dass sie selbst russische Oligarchen mit Samthandschuhen anfasst, von denen im Westen, die hier Superreiche genannt werden, ganz zu schweigen.

DIE LINKE aber hat eins bewiesen: Sie kann den russischen Einmarsch als Völkerrechtspartei klar kritisieren und trotzdem so-

zialen Ausgleich hier im eigenen Land einfordern. Nun muss sie zeigen, dass sie dort, wo sie Verantwortung trägt, Veränderungen im Hier und Jetzt erreicht – Veränderungen, die die in Leipzig lautstark vorgetragenen Hoffnungen nicht enttäuschen. Konkrete Schritte wie die Deckelung der Preise für das Mittagessen in Schulen und Kitas, Stopp von Fahrpreiserhöhungen, Erhalt des Sozialtickets, freier Eintritt für Kinder und Jugendliche in städtischen Museen – für all das kämpft DIE LINKE in Dresden nicht erst seit ein paar Wochen, wie in dieser Ausgabe zu lesen ist.

Thomas Feske

BÜRGERMEISTERSTREIT Ämter sind kopflos

Hinter den Fassaden des Rathauses werden durch den Oberbürgermeister, gedrängt von seiner FDP, siegestrunkenen Machtspielchen gespielt. Die restliche Welt schüttelt mit dem Kopf. Was ist geschehen? Für die Stadtratssitzung im August war eigentlich vorgesehen, eine Reihe von Beigeordneten neu zu wählen.

Im ersten Wahlgang erhält Peter Lames (SPD) die erforderliche Mehrheit. Dirk Hilbert jedoch verweigert sein Einverständnis und da im zweiten Wahlgang die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit nicht erreicht wird, ist die Wahl geplatzt. Um den restlichen Abend nicht im Chaos versinken zu lassen, werden die weiteren Wahlen vertagt. Seither wird hinter den Kulissen gerungen, werden Schreibtische geräumt und Varianten der Ressortverteilung durchgespielt, nur damit der OB die FDP beschenken kann.

Wer wissen will, ob und wie die Karten neu gemischt wurden, der wird in dieser Ausgabe fündig. » Seite 3



Wege der Integration für alle Flüchtlinge öffnen

Integrieren statt abschieben

Am 23. Juni verabschiedete der Stadtrat den neuen »Aktionsplan Integration« für 2022 bis 2026

Am 3. März hat sich der Dresdner Stadtrat zur Potsdamer Erklärung »Städte Sicherer Hafen« bekannt. Die Umsetzung des nun vorliegenden, überarbeiteten und bis 2026 gültigen »Aktionsplanes Integration« kann einen Beitrag dazu leisten, dass dieser Stadtratsbeschluss mit Leben erfüllt wird. Im Plan werden die Aufgaben und Anforderungen in den Feldern Sprachenerwerb, Arbeit, Berufsausbildung und Studium ebenso beleuchtet wie in den Bereichen Wohnen, migrantische Selbstorganisation, politische Teilhabe oder Gesundheit und Sport.

Der Plan umfasst 151 Seiten. Zitat des Oberbürgermeisters: »Lassen Sie uns in ruhigen wie auch stürmischen Zeiten gemeinsam für ein vielfältiges Dresden auf Kurs bleiben!« In der Praxis muss es wohl eher heißen »Auf Kurs bringen.« Gute Ansätze gibt es dafür. Unsere Sozialbürgermeisterin Kris Kaufmann hat in Zusammenarbeit mit anderen die Gesundheitskarte für Asylsuchende auf den Weg gebracht. Die 2015 als Flüchtlingsambulanz gegründete Praxis zur medizinischen Versorgung geflüchteter Menschen wurde als Internationale Praxis nun verstetigt.

Noch viel besser muss es gelingen, städtische Angebote, wie zum Beispiel die Interkulturellen Tage oder die Internationalen Wochen gegen Rassismus mit Angeboten von Initiativen und Ehrenamtlichen in der Stadt zu verknüpfen, um Integration und Teilhabe für Menschen mit Migrationshintergrund in die Tat umzusetzen.

Was läuft schon gut und gilt es zu verstetigen? Einige Beispiele: Schwimmkurse für Frauen mit Migrationshintergrund, Fußball für Mädchen vom »Laubegast ist bunt« e. V., Berufsberatung durch »Willkommen in Löbtau« (auch in Prohlis), vielfältige Angebote vom »Spike« und nicht zu vergessen den Afropa e. V.

Es muss gelingen, städtische und andere Angebote besser zu verknüpfen

In diesem Jahr konzentrierten sich viele Angebote auf die Unterstützung von aus der Ukraine Geflüchteten. Da wurden Wege der Integration aufgezeigt, die für alle Geflüchteten gelten sollten. Das für diese Menschen angewandte Aufenthaltsrecht mit schneller Arbeitsintegration zeigt, was möglich ist. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland garantiert im Artikel 1 die Unantastbarkeit der Menschenwürde. Das muss endlich im täglichen Zusammenleben Realität werden.

Margot Gaitzsch

DRESDNER ÖPNV

Die Verwaltung verschleppt



Schon länger sind die Defizite der Versorgung der westlichen Ortschaften durch den Dresdner ÖPNV bekannt. Schüler:innen müssen lange Wartezeiten in Kauf nehmen und es ist auch vorgekommen, dass Kinder wegen Überfüllung nicht mitgenommen wurden. Die Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat regte eine

Verdichtung der ÖPNV-Versorgung an und konnte auch die Finanzierung absichern. Die Beschlusskontrolle zum Antrag zeigt leider erneut, dass zwischenzeitlich nichts passiert ist. Dazu sagt Katharina Hanser: »Nahverkehr ist öffentliche Daseinsvorsorge. Die Kinder in den Ortschaften haben das gleiche Recht, ihren Schulweg allein und sicher bewältigen zu können, wie die Kinder in den Stadtteilen.« *Die Redaktion*

BERTOLT-BRECHT-GYMNASIUM

Abriss oder Erhalt?

Sehr lange schon steht eine Erweiterung und Sanierung des Bertolt-Brecht-Gymnasiums (BeBe) an. Die Verwaltung will einen Abriss und den Neubau. Sollte schon wieder ein DDR-Schulgebäude abgerissen werden? Auch schienen zunächst ökologische Gründe gegen den Abriss eines noch funktionierenden Gebäudes zu sprechen. Darum wollten wir eine Expertenanhörung. Wir, Tilo Wirtz und ich, brachten fachkundige Verstärkung durch zwei Architekten mit – Marco Dziallas und Daniel Fischer.

Am Ende überwogen die Argumente für einen Abriss. Das Gebäude der BeBe sollte mal eine Vorzeigeschule hinsichtlich der Energieeffizienz werden. Bei der Sanierung in den Neunziger Jahren entstanden Brandschutzprobleme, wodurch viele Elemente der Sanierung zurückgebaut werden mussten. Das Fazit lautet: Die Bausubstanz der alten Plattenbauschule ist so schlecht, dass sie nicht aufwendig erhalten werden sollte. Das wurde auch von unseren Sachverständigen so gesehen.

Es gibt aber auch pädagogische Gründe für einen Neubau. Die Klassenstärken am Gymnasium sind hoch. 28 jungen Menschen müssen in einem etwa 50 Quadratmeter großen Raum arbeiten – das ist sehr beengt. Das wird sich auch nicht so schnell ändern, denn der Lehrer:innenmangel erfordert größere Klassen. Das bestehende Gebäude wird damit den heutigen Anforderungen auf keinen Fall gerecht.

Aus den genannten Gründen stimmen wir als Fraktion DIE LINKE für einen Neubau des BeBe. *Anja Apel*



Lernen braucht Raum

Ringgen um Dresdens Zukunft

Eindeutiger Anspruch: Kris Kaufmann und Annekatri Klepsch sollen Bürgermeisterinnen bleiben! Ein Interview mit dem LINKEN-Fraktionsvorsitzenden im Dresdner Stadtrat André Schollbach

»Postengeschacher«, »Hickhack« – in der Dresdner Zeitungslandschaft wird mit unschönen Worten über die Hängepartie bei den Bürgermeisterwahlen berichtet. Wie erlebst Du die Situation?

Es ist klar, dass die Verhandlungen um die Aufstellung der Beigeordnetenriege nicht ganz einfach sind und einige Zeit in Anspruch nehmen. Es ist aber ein Gebot politischer Vernunft, in einer Großstadt wie Dresden kein Lotteriespiel mit ungewissem Ausgang zu veranstalten. Am 11. August kam der Stadtrat zu einer planmäßigen Sondersitzung zusammen, um rechtzeitig vor dem Ende der Amtszeit der bisherigen Beigeordneten die erforderlichen Neubesetzungen vorzunehmen. Dort wurde der bisherige Finanzbürgermeister Dr. Peter Lames (SPD) mit absoluter Mehrheit erneut gewählt, aber Oberbürgermeister Hilbert verweigerte sein Einverständnis. Eine Begründung dazu blieb er dem Stadtrat schuldig. Inzwischen ist jedoch klar, worum es geht: Nachdem er im OB-Wahlkampf noch das Märchen vom unabhängigen Kandidaten Hilbert erzählte, soll jetzt auf Biegen und Brechen ein FDP-Beigeordneter durchgesetzt werden, obwohl die FDP im Rat lediglich auf fünf Sitze kommt.

Kris Kaufmann und Annekatri Klepsch gelten im Stadtrat und auch in der Stadtgesellschaft als sattelfeste, kompetente Bürgermeisterinnen. Du verhandelst in den letzten Wochen intensiv, damit beide weiterhin linke Politik in der Verwaltung umsetzen können. Siehst Du Hoffnung, dass beide in Verantwortung bleiben?

Kris Kaufmann und Annekatri Klepsch haben in den vergangenen Jahren bereits ihre Eignung für ihre Ämter unter Beweis gestellt und dort einen guten Job gemacht. Der Stadtparteitag hat sie deshalb völlig zu Recht mit guten Ergebnissen erneut dafür nominiert. Unser Anspruch ist eindeutig: Beide sollen Bürgermeisterinnen bleiben. Nicht zuletzt angesichts der schwierigen Lage unserer Partei mit anhaltenden Querelen auf Bundesebene wäre es ein wichtiger Erfolg, wenn es uns gelingt, in der sächsischen Landeshauptstadt erneut zwei Bürgermeisterinnen zu stellen. In den letzten Monaten habe



ich deshalb hart dafür gearbeitet, viele Gespräche geführt und eine Menge Verhandlungsrunden absolviert, zum Teil bis in die Nacht hinein. Es ist ein zähes Ringen mit Haken und Ösen. Inzwischen sind Dr. Peter Lames (SPD), Eva Jähnigen (Grüne) und Detlef Sittel (CDU) aus ihren Ämtern ausgeschieden. Am 30. September endet die Amtszeit von Kris Kaufmann und am 31. Oktober jene von Annekatri Klepsch. Damit ist die Handlungsfähigkeit der Verwaltungsspitze in Gefahr. Das erhöht den Druck auf die Beteiligten, zu gemeinsamen Lösungen zu gelangen.

Ein Wort zum Oberbürgermeister: Er hat Dresden mit seinem Machtanspruch für seine FDP in die Sackgasse geführt. Wie kann man mit so einem Mann konstruktiv zusammenarbeiten?

Nach meiner Einschätzung hat Herr Hilbert in den vergangenen Wochen eine Menge an Porzellan zerschlagen. Er hat damit weder der Stadt Dresden noch sich selbst einen Gefallen getan.

»Es ist das Gebot politischer Vernunft, in einer Großstadt wie Dresden kein Lotteriespiel zu veranstalten«

André Schollbach

Was wir aktuell erleben, wird noch lange nachwirken. Nichtsdestotrotz werde ich mich bemühen, korrekt mit Herrn Hilbert umzugehen.

Just in diesem Moment würde in Dresden eine handlungsfähige Verwaltungsspitze gebraucht. Der Haushalt steht an. Wie kann DIE LINKE hier Akzente setzen, wenn – wie unser Haushaltsexperte Tilo Kießling in dieser Ausgabe berichtet – Prognosen in Bezug auf die städtischen Finanzen und auf die Arbeitsfähigkeit der Rathauspitze kaum abzugeben sind?

Indem wir gerade in dieser Lage ohne Wenn und Aber für die sozialen Belange eintreten und keine Einschnitte in den Bereichen Kultur, Jugendhilfe, Soziales und Kultur zulassen. Das erwarten die Menschen von uns – insbesondere in der aktuellen Ausnahmesituation.

Die Teuerungen im Alltag sind ein großes Problem. Wo kann Kommunalpolitik hier Linderung verschaffen?

Für immer mehr Menschen ist das tägliche Leben kaum noch bezahlbar. Viele haben existenzielle Sorgen, nicht wenige zittern vor der nächsten Heizkostenabrechnung. Irgendwann weißt Du einfach nicht mehr, wo Du noch sparen könntest. Gleich gar nicht in diesen Dimensionen. In dieser Situation haben Staat und Stadt eine besondere Verantwortung. Man darf die Menschen nicht allein lassen. Auch kommunalpolitisch gibt es Handlungsmöglichkeiten.

Die Fraktion DIE LINKE hat jetzt im Stadtrat etwa einen Preisdeckel für Kita- und Schulesen beantragt. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass ein Härtefallfonds für Energieschulden eingerichtet und keine Stromsperrern verhängt werden. In den letzten Monaten haben wir uns gegen die Ticketpreiserhöhungen bei Bus und Bahn und gegen die Erhöhung der Kita-Gebühren gewandt. Uns ist der Erhalt des Sozialtickets gelungen. Auch vermeintliche Kleinigkeiten, wie die gebührenfreie Ausstellung eines Wohnberechtigungsscheins für Dresden-Pass-Inhaber, sorgen für Entlastung in diesen Zeiten.

Das Interview führte Thomas Feske

KLIMASCHUTZ

Dresden ohne Konzept

Bereits am 30. Januar 2020 beauftragte der Dresdner Stadtrat die Stadtverwaltung mit der Überarbeitung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes der Landeshauptstadt Dresden. Das Konzept lag jedoch nicht wie ursprünglich geplant im Sommer 2022 vor, obwohl der Beschluss vor mehr als zwei Jahren gefasst wurde. Das Klimaschutzkonzept ist aber die wesentliche Grundlage für das weitere Vorgehen gegen den Klimawandel. Die aktuelle Energie- und Klimadebatte unterstreicht, welche Herausforderungen auf die Stadtgesellschaft insgesamt zukommen.

Angesichts des langen Zeitraums seit dem Stadtratsbeschluss vom 30. Januar 2020 wollte Stadtrat Tilo Wirtz genauer wissen, warum über zwei Jahre nach Beschlussfassung nicht absehbar ist, wann das Konzept vorliegen wird und woran es genau hängt. Er richtete deshalb eine schriftliche Anfrage an Oberbürgermeister Hilbert.



Klima: eine gewaltige Herausforderung

Wirtz fragte etwa nach der aktuellen Terminschiene, dem Ergebnis der Überprüfung der Zusammenarbeit mit dem externen Beratungsbüro, ob eine Beendigung des Vertragsverhältnisses ansteht, worin mögliche Unstimmigkeiten überhaupt bestehen und welche Kosten und Mehrkosten durch die externe Beratung entstehen.

Im Antwortschreiben des Oberbürgermeisters blieben die Fragen jedoch vollständig unbeantwortet. Stadtrat Tilo Wirtz sagt dazu: »Es kann nicht sein, dass erst der Kampf gegen Klimawandel als Aufgabe von höchster Priorität ausgerufen wird und anschließend versagen die Verantwortlichen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Klimaneutralität ist eine gewaltige technische, politische, terminliche und finanzielle Herausforderung. Da kann es nicht sein, dass schon bei der Fortschreibung des grundlegenden städtischen Konzepts Schiffbruch erlitten und Zeit verloren wird.« *Die Redaktion*

Wie weiter mit der Neustadt?

Die Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat fordert einen genaueren Blick auf die Neustadt und die angrenzenden Gebiete durch ein langfristiges Entwicklungskonzept



Ein Hinterhof in der Dresdner Neustadt

Immer wieder gerät die Neustadt in den Fokus der Aufmerksamkeit. Das liegt einerseits an der augenfälligen Lebendigkeit des Viertels und seiner bewegten Geschichte seit der politischen Wende. Andererseits geht es um die Rolle des Viertels für die Gesamtstadt.

Zur Realität der Neustadt gehört seit einiger Zeit die Klage der Anwohner und Anlieger über die nächtliche Lautstärke an einigen Ecken. Dort, unter freiem Himmel, sammeln sich vorwiegend

junge Menschen zum Feiern. Früher war das von einem gewissen Charme geprägt, heute ist es häufig grenzwertig. Der Stadtverwaltung, oder genauer dem Ordnungsamt, fällt wieder nur ein Alkoholverkaufsverbot in den charakteristischen Spätshops ein und bezeichnenderweise das erste Mal auch ein Alkoholkonsumverbot auf den Gehwegen und Plätzen rund um das sogenannte Assi-Eck. Wir wollen dem einen nachhaltigen Ansatz entgegensetzen.

Es benötigt ein längerfristiges Konzept, wie mit der Äußeren Neustadt und den angrenzenden, ebenfalls sehr lebendigen Vierteln, wie dem Hechtviertel und der Leipziger Vorstadt, in Zukunft umgegangen werden muss. Wir müssen die Stadtentwicklung auf die Probleme, die das sogenannte Szeneviertel mit sich bringt, ausrichten. Nicht zuletzt wird mit der Bebauung des ehemaligen Globus-Geländes am Leipziger Bahnhof viel Nachdenken nötig sein,

wie das in bestmöglicher Art und Weise und so nachhaltig wie möglich entwickelt werden kann und sich mit den bestehenden Strukturen rückkoppelt.

Die Äußere Neustadt ist als Sanierungsgebiet Nummer eins im Freistaat jahrelang stadtsoziologisch untersucht worden. Seit dem Auslaufen der Sanierungsförderung ist die Entwicklung al-

Wir wollen einen nachhaltigen Ansatz für die Neustadt

lerdings weitergegangen, wohingegen keine neuen Daten für die sozialen Milieus mehr erhoben wurden.

Die Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat hat zusammen mit der SPD-Fraktion einen Antrag eingebracht, mit dem genau dies gefordert wird. Es soll eine Sozialraumanalyse – die die angrenzenden Gebiete mit umfasst – erarbeitet werden. Und die Entwicklungskonzeption für den Stadtbezirk in Zusammenhang mit dem Stadtbezirk Pieschen soll fortgeschrieben werden.

So hätten wir eine wissenschaftliche Grundlage für weitere Maßnahmen Diskussionen, um die problematischen Seiten der Neustadt anzugehen und die besonders attraktiven Seiten zu stärken, ohne die Gentrifizierung zu beschleunigen. *Magnus Hecht*

Richtfest auf NS-Dachstuhl

Den historischen Abgrund umfahrend, haben die Denkmalbehörden sich auf die technische Leistung des Ludwig-Kroher-Dachstuhls fokussiert

Über die Funktion des Festspielhauses Hellerau, als Ausbildungsstandort für am Holocaust beteiligte Einheiten der Ordnungspolizei und die damit verbundenen baulichen Veränderungen ab 1938, wurde an dieser Stelle mehrfach berichtet. Dieser Aspekt der Nutzungsgeschichte spielte bei den Planungen seit Mitte der neunziger Jahre keine Rolle. Inzwischen wird nach langen Jahren eigener Recherchen dieses dunkle Kapitel, insbesondere der ab 1938 zum Festspielhaus hinzugefügte Kasernenflügel West und Ost, öffentlich wahrgenommen.

Für die Behörden stellte die Geschichte des Kasernenflügel Ost damals allerdings kein Hindernis dar, diesen unter Denkmalschutz zu stellen – schon um Fördermittel für die Sanierung anzapfen zu können. Den historischen Abgrund umfahrend, haben die Denkmalbehörden sich auf die technische Leistung des Ludwig-Kroher-Dachstuhls fokussiert, der holzsparend ein in Einzelglieder aufgelöstes Raumtragwerk darstellt, was einen stützenfreien Dachraum ermöglicht.

Dies führt den bei der historischen Aufarbeitung dilettierenden Bauingenieur wiederum auf sein Fachgebiet zurück – zur Bautechnik. Denn nicht mal die erwähnte Baukonstruktion ist unbelastet vom braunen Hauch der Bauzeit. Wie die Technische und Wirtschaftliche Rundschau als Beilage zur Zeitschrift »Baumeister« im Januar 1939 stolz berichtet, ist beim Kroher-Dachstuhl eine »Holzeinsparung von 40 bis 70 Prozent im Zeichen des Vierjahresplanes« gelungen. In einer Gegenüberstellung des Kroher-Dachstuhles zu einem konventionellen Holztragwerk wird der



Holzkonstruktion des Kroher-Dachstuhls im Kasernenflügel Hellerau

Konstruktion bescheinigt: »Brandbomben-Durchschlagsicherheit zwanzigmal so groß wie beim alten Dachstuhl«. Schließlich diente der Vierjahresplan von 1936 der Kriegsvorbereitung, der Einsparung von Material und der Erreichung von wirtschaftlicher Autarkie.

Die Sanierung des Kasernenflügels Ost ist im Gange und soll das Kulturzentrum um das Festspielhaus abrunden. Am 18. Juli war Richtfest. Inzwischen gibt es auch Projektmittel für die systematische Aufarbeitung der Geschichte des Festspielgeländes. Die Zeit von 1939 bis 1945 soll am Gebäude sichtbar werden. Im Ideenwettbewerb »Gedenkareal Dresdner Norden« – zum Konzept Erin-

Die Zeit von 1939 bis 1945 soll am Gebäude sichtbar werden

nerungskultur für Opfer- und Täterorte während des Nationalsozialismus – ist der Standort der ehemaligen Polizeischule enthalten.

Dennoch ist die Aufarbeitung erst am Anfang. Denn wie dem Verfasser auf dem Richtfest ins Ohr geraunt wurde, fanden sich historische Sinnsprüche

an den Wänden, von den sowjetischen Nachfolgern unangetastet, ausgerechnet vom kriegsverherrlichenden Demokratieverächter Ernst Jünger. Nicht zuletzt hat die Umwandlung in einen Kasernenstandort dazu geführt, dass das Festspielgelände dann bis 1993 Kaserne der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) war.

Während für die Zeit bis 1945 recht umfangreiche Aktenquellen vorgefunden wurden, gibt es bisher für die Jahre zwischen 1945 und 1993 nichts. Die Geschichte der sowjetischen Garnison in Hellerau muss ebenfalls unter die Lupe der Aufarbeitung genommen werden.

Tilo Wirtz

KRACHT-BRUNNEN

Eine halbe Sanierung – vielleicht



Erfreuten sich großer Beliebtheit: Kracht-Brunnen

Seit geraumer Zeit befinden sich die beiden Kracht-Brunnen auf dem Neustädter Markt in einem desolaten baulichen und technischen Zustand. Der östliche Kracht-Brunnen ist bereits seit der Flut 2002 außer Betrieb.

Auf Anfrage des LINKEN-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach teilte die Stadtverwaltung zu den Schäden an den Brunnen mit: »Beide Kracht-Brunnen befinden sich in einem schlechten beziehungsweise maroden baulichen Zustand. [...] Hinzu kommt die springbrunnentechnische Sanierung. [...] Auf jeden Fall sind die Kracht-Brunnen sanierungsbedürftig, auch und besonders um das ursprüngliche Erscheinungsbild rechts und links vom Goldenen Reiter wiederherzustellen.«

Grund genug für die Fraktion DIE LINKE, Druck zu machen – mit einem Antrag, der die denkmal-

gerechte Sanierung der beiden Springbrunnen sowie der Gehwegplatten, der Grünanlagen und der Sitzgelegenheiten im Umfeld der Kracht-Brunnen vorsieht.

Zwar noch im Geschäftsgang der Gremien entfaltet der LINKEN-Antrag – neben dem öffentlichen Druck – jedoch bereits Wirkung. So heißt es Ende August 2022 in einer Pressemitteilung aus der Stadtverwaltung: »Das Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft lässt ab Mai 2023 den östlichen der beiden Kracht-Brunnen auf dem Neustädter Markt denkmalgerecht sanieren.« Im Frühling 2024 soll der Springbrunnen wieder sprudeln. Allerdings stünde die Finanzierung »unter dem Vorbehalt der Bestätigung des Haushalts sowie der Bewilligung der Fördermittel des Freistaates Sachsen« und auch vom restlichen Umfeld ist nicht die Rede. Es gibt also noch viel zu tun.

Die Redaktion

Das Essen muss bezahlbar bleiben

Viele Dresdner Eltern haben in den letzten Wochen Post vom Essenanbieter ihrer Kinder bekommen. Teils drastische Preissteigerungen wurden angekündigt

Viele Eltern machen sich Sorgen, wie sie ihre Rechnungen noch bezahlen sollen und bei nicht wenigen ist das Familienbudget schon jetzt angespannt. Die aktuelle allgemeine Preisentwicklung bewirkt, dass auch die Kosten für das Mittagessen noch weiter steigen werden. Deshalb haben wir als Linksfraktion den Oberbürgermeister aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um allen Kindern in Dresdner Schulen und Kitas eine preiswerte Essensversorgung zu ermöglichen. Dazu sollen die Preise für das Mittagessen auf dem Niveau vom 30. Juni 2022 gedeckelt und längerfristig sogar gesenkt werden.

Darüber hinaus sieht unsere Stadtratsinitiative auch Maßnahmen zur langfristigen Verringerung der Herstellungskosten, zur Stärkung lokaler gastronomischer Einrichtungen und – mit der Zubereitung des Essens vor Ort – zur Vermeidung langer Transportwege vor. Nach unseren Vorstellungen soll ein relevanter Anteil der benötigten Mahlzeiten künftig wieder in Schulküchen zum Selbstkostenpreis zubereitet werden. Durch eine Koordination der Bestellungen bei Drittanbietern könnten zudem Synergien und günstigere Preise über höhere Bestellmengen geschaffen werden. Durch die Einbindung lokaler Anbieter wie Kantinen, Gaststätten, Werksküchen, Landwirtschafts-



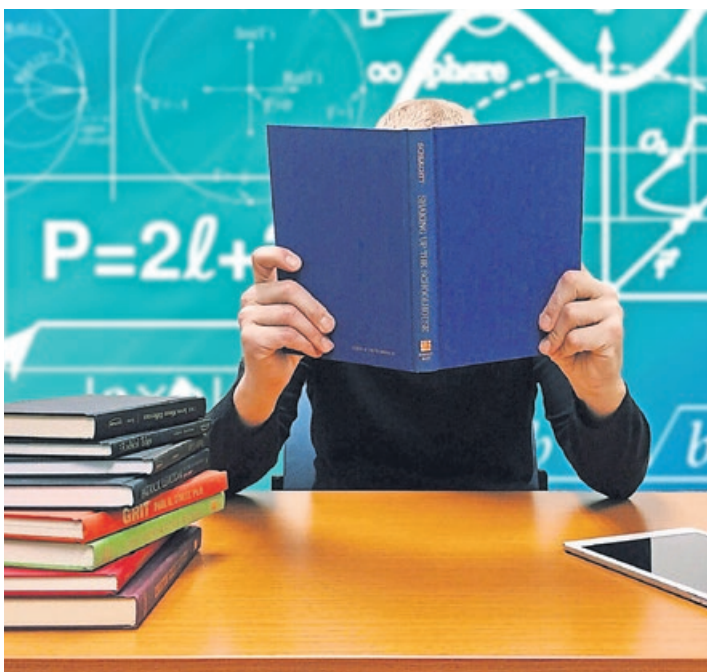
Schulküchen sind eine prima Idee

betriebe und Gärtnereien sollen zukünftig energieaufwändige Transportwege vermieden werden – das schützt auch das Klima. Dort, wo reale Mehrkosten bei der Erzeugung, Auslieferung und Verteilung entstehen, sollen diese bis auf Weiteres unmittelbar durch die Landeshauptstadt Dresden übernommen werden.

Gesunde Mittagsversorgung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen

Wir meinen: Eine gesunde Mittagsversorgung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Die Kinder können nichts dafür, wie viel oder wenig Geld ihre Eltern haben. Also muss die Stadt für Gerechtigkeit sorgen und die Preise deckeln. Es ist allein eine Frage der politischen Prioritätensetzung in der aktuell angespannten Situation. Was Berlin seit zwei Jahren schafft, ist längerfristig auch in Dresden möglich.

Anne Holowenko



Nicht nur Bücher kosten Geld

STARTHILFE FÜR STUDIERENDE

Sprung ins Leben

Der Beginn eines Studiums oder einer Ausbildung ist häufig auch der Sprung in eine neue, selbstständigere Lebensphase. Eine andere Stadt, ein neues Lebensumfeld. Viele staatliche Finanzierungsmöglichkeiten, wie das BAföG oder das Wohngeld, haben enorme bürokratische Hürden. Häufig vergehen daher mehrere Monate, bis die Antragstellenden das erste Geld auf ihrem Konto haben. Doch gerade zu Beginn sind die Anschaffungs- und Ausstattungskosten enorm hoch. Aber weder der Vermieter noch der Internetanbieter stunden ihre Forderungen. Die Kosten laufen. Daher beantragte die Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat eine Starthilfe für Studierende, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende in Dresden ab dem 1. Januar 2023.

Im Gegensatz zur früheren Umzugsbeihilfe sollen mehrere Gruppen von der Hilfe profitieren, denn nicht nur Studierende sehen sich vor Herausforderungen, die ein neuer Lebensabschnitt mit sich bringt, und auch nicht nur Personen, die erst neu nach Dresden ziehen. Die Starthilfe soll Studierenden, Auszubildenden und Freiwilligendienstleistenden in Dresden zugutekommen. Die Starthilfe kann nur einmal in Anspruch genommen werden und beinhaltet eine einmalige Leistung von 150 Euro.

Stadtrat Leo Lentz dazu: »Junge Menschen, die eine Ausbildung oder Studium in Dresden beginnen, sollen das möglichst sorgenfrei tun und wir wollen ihnen dabei etwas helfen. Das heißt ganz konkret: Mehr Knete in der Tasche.«

Die Redaktion



Mit dem Sozialticket kommt man weiter

GEGEN STEIGENDE PREISE

Links wirkt!

Monat für Monat steigen die Lebenshaltungskosten. Anzunehmen, die Preise würden wieder sinken, wäre weltfremd. Auch wenn die Möglichkeiten der Kommunalpolitik steuernd einzugreifen – im Vergleich zum Land und zum Bund – doch begrenzter sind, so setzt sich die Linksfraktion im Rathaus seit Jahren für Maßnahmen ein, die den stetigen Anstieg der Lebenshaltungskosten bekämpfen. Freilich hat die Stadt nicht die Mittel für milliardenschwere Konjunktur- und Stützungsprogramme, aber auch scheinbar »kleine« Maßnahmen können für Entlastung bzw. geringere Belastungen sorgen.

Aktuell macht sich die Fraktion für die Deckelung der Preise für das Kita- und Schulessen stark (Lesen

Sie dazu auch den Artikel auf Seite 6). Zudem gibt es eine Initiative zum Stopp der Fahrpreiserhöhungen im ÖPNV. Die kostenlose Beantragung von Wohnberechtigungsscheinen ist so eine »Kleinigkeit«, aber wer Wohngeld beantragen muss, der rechnet buchstäblich mit jedem Cent. Nach dem Auslaufen des 9-Euro-Tickets gibt es in Dresden eine stark steigende Nachfrage nach dem Sozialticket. Das zeigt, dass es richtig war, sich für die Einführung und den Erhalt des Sozialtickets eingesetzt zu haben. Beantragt und durch den Stadtrat beschlossen wurde auch der kostenlose Eintritt für Kinder und Jugendliche in die städtischen Museen. Selbstverständlich haben sich unsere Stadträte gegen eine Erhöhung der Kita-Gebühren ausgesprochen. Kurz gesagt: Links wirkt!

Die Redaktion

»Eine große Chance wurde vertan«

Aus der Verlängerung des 9-Euro-Tickets wurde bekanntlich nichts. Hier dokumentieren wir eine Rede von *Bernd Riexinger* anlässlich der aktuellen Haushaltsverhandlungen im Bundestag



Der Zug ist abgefahren: 9-Euro-Ticket ade

»Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Regierung hat es nicht geschafft, das Auslaufen des 9-Euro-Tickets zu verhindern und eine direkte Nachfolgeregelung auf den Weg zu bringen.

Das, was Sie die letzten Monate dazu abgeliefert haben, ist einfach nichts. Eine große Chance wurde vertan. Und was Sie jetzt vorlegen, ist mut- und kraftlos.

Mich ärgert der Umgang mit unseren Anträgen unsäglich. Wir haben rechtzeitig im Verkehrsausschuss, im

Bundestag Anträge zur Verlängerung des 9-Euro-Tickets gestellt, um Zeit für eine durchdachte Nachfolgeregelung zu finden. Wir haben zugleich Vorschläge gemacht für ein 1-Euro-Ticket am Tag, ein 30-Euro-Ticket im Monat oder ein 365-Euro-Ticket im Jahr. Ohne ernstzunehmende Debatte und ohne Begründung wurde das abgelehnt. Als das 9-Euro-Ticket im Sommer immer populärer wurde, forderten SPD und Grüne auf einmal eine Nachfolgeregelung – die Grünen mit den nahezu de-

ckungsgleichen Vorstellungen, die sie vorher im Parlament, als meine Partei sie beantragt hatte, abgelehnt hatten. Die Grünen sind in der Kunst der öffentlichen Inszenierung guter, also unserer, Vorschläge bekanntlich Meister. Liebe Grüne, ihr seid nicht in der Opposition, sondern in der Regierung, und ihr hättet die Sommerzeit nutzen können, eure Koalitionspartner von unseren oder von mir aus auch von euren guten Vorschlägen zu überzeugen. Das habt ihr offensichtlich nicht getan.

Der jetzt vorliegende Kompromiss mit einer Spanne von 49 bis 69 Euro ist zu teuer, zu weit weg vom 9-Euro-Ticket und untergräbt dessen Erfolg. 52 Millionen verkaufte Tickets! Jeder Zehnte hat das Auto stehen lassen. 1,8 Millionen Tonnen CO₂ wurden eingespart und Sie lassen einen solchen Elfmeter einfach liegen und schießen lieber ein Eigentor. Ich kann es nicht verstehen. 100 Städte und Kommunen in Europa haben bereits einen ticketfreien öffentlichen Personennahverkehr, darunter Luxemburg. Städte wie Wien haben bereits seit Jahren ein 365-Euro-Ticket. Die spanische Regierung hat jetzt eine Übergewinnsteuer beschlossen und mit den zusätzlichen Einnahmen die Nutzung des Regionalverkehrs kostenfrei gestellt. Bevor unsere Regierung eine so einfache Regelung beschließt, dreht Wirtschafts- und Klimaminister Habeck lieber weitere 25 rhetorische Pirouetten und erklärt

»Beste Ideen vermurkst man nicht, sondern setzt sie um«

unter sichtbaren Schmerzen, dass es gerecht ist, wenn die gestiegenen Kosten auf die Mehrheit der Bevölkerung abgewälzt werden. Hier wäre doch mal eine Chance gewesen, wirklichen Klimaschutz durchzusetzen und darüber hinaus noch eine soziale Regelung zu treffen.

Beste Ideen vermurkst man nicht, sondern setzt sie um. Wer will, dass die Menschen vom Auto auf den öffentlichen Personennahverkehr und insbesondere auf die Bahn umsteigen, muss die Ticketpreise massiv senken – bis hin zum Nulltarif – und massiv in den Ausbau von ÖPNV und Bahn investieren. Dem wird Ihr Haushaltsentwurf wieder einmal nicht gerecht.«



Hier bitte einwerfen

HUNDEKOT-TÜTEN

Auftrag an den OB

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Kauf von ökologisch und sozial nachhaltig produzierten Tüten für die Bestückung der Hundekot-Tütenspender durch die Verwaltung zu veranlassen, damit die Hundekot-Tütenspender zeitnah damit bestückt werden können.

So eindeutig, nahezu lapidar, formulierte die LINKE, einen Auftrag an den Oberbürgermeister von Dresden, Dirk Hilbert. Nun gilt es, die Mehrheit der Stadträtinnen und Stadträte im Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft von der Notwendigkeit unseres Antrages zu überzeugen.

57 Hundekot-Tütenspender mit entsprechenden Kotbehältern stehen seit 1999 im Stadtgebiet (35 HaiDog und 22 Dog-Station). Die Bewirtschaftung kostet die Stadt jährlich 25.000 Euro. Die meisten der handelsüblichen Hundekotbeutel bestehen allerdings aus Polyethylen, also verarbeitetem Erdöl. Dresden ist Fair-Trade-Town – auch deshalb sollte für die Stadtverwaltung der Blick auf einen ressourcenschonenden Herstellungsprozess der zu beschaffenden Güter eine Selbstverständlichkeit sein.

Aktuell gibt es verschiedene Anbieter von nachhaltig produzierten Hundekotbeuteln, aus denen die Verwaltung auswählen kann. So bietet zum Beispiel eine Berliner Firma 100 Prozent plastikfreie Hundekotbeutel an, die trotzdem so stabil und zuverlässig wie herkömmliche Plastikbeutel sind. Außerdem wickelt dieser Hersteller seinen kompletten Zahlungsverkehr über eine sozial-ökologische Genossenschaftsbank ab. Lösungen gibt es. Sie müssen genutzt werden. *Margot Gaitzsch*

INVESTITIONSQUOTEN

Mehr oder weniger

Der Worte viel, der Taten wenig, dass ist der Hilbert, unser König.« Kommentierte der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Stadtrat André Schollbach das Ergebnis mehrerer schriftlicher Anfragen zur Entwicklung der Investitionsquote der Landeshauptstadt. *Investitionsquote*: ein sperriges Wort, das aber viel über die Zukunftsfähigkeit der jeweiligen Kommune aussagt. Denn die Investitionsquote stellt den Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben der Stadt Dresden dar. Eine Kommune die nicht investiert, lebt letztlich von der Substanz und kann sich nicht hinreichend auf neue Herausforderungen einstellen. Seit 2015, dem Beginn der Amtszeit von Dirk Hilbert, ist die Investitionsquote der Landeshauptstadt Dresden kontinuierlich um fast ein Drittel gesunken, nämlich von 17,61 Prozent auf nur noch 12,6 Prozent im Jahr 2021. Diese Zahlen sprechen für sich, aber widrige Fakten zur Kenntnis zu nehmen und vor allem Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, war noch nie die Stärke unseres Oberbürgermeisters. *Die Redaktion*



Mehr Investitionen in die Zukunft

HAUSHALT

Prognose unmöglich



Dirk Hilbert bei der Arbeit

Im September hat der OB Hilbert seinen Entwurf für den Haushalt der beiden folgenden Jahre vorgelegt. Das geschieht in einem sehr unsicheren Umfeld. Bis jetzt ist unklar, ob sich wieder eine breite Haushaltskoalition finden wird. Je schwieriger aber eine Mehrheitsfindung im Stadtrat ist, desto stärker wird die Stellung des Oberbürgermeisters. Ebenso unklar sind aber auch die finanzpolitischen Voraussetzungen der nächsten Jahre. Egal wie man die Ursachen der Krisen bewertet: Für den Füllstand der Stadtkasse ist das ziemlich egal. Diesen zu prognostizieren, ist zum jetzigen Zeitpunkt fast unmöglich.

Spannung wird sein, ob sich die politische Vernunft durchsetzt und die Kommunen jenseits ihrer eigenen Einnahmen ausreichend mit Finanzen versorgt werden oder ob Sparideologen auf die Belastungen der Kommunen noch etwas draufsatteln.

Mit dem Haushalt der Stadt wollen wir die Menschen in der Stadt unterstützen, die unter den Krisenfolgen leiden. Dafür Mehrheiten zu finden, wird die Aufgabe der nächsten Monate sein. *Tilo Kießling*

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.

Thomas Feske

Kontakt

Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion

Susann Dietzschold, Thomas Feske,
Dr. Dirk Wagner

Autor:innen dieser Ausgabe

Anja Apel, Thomas Feske, Dr. Margot Gaitzsch,
Magnus Hecht, Anne Holowenko, Tilo Kießling,
Bernd Riexinger, André Schollbach, Tilo Wirtz

Redaktionsschluss

8. September 2022

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Bildnachweise

DIE LINKE / flickr (1); Ralph / pixabay (2); Ineedawsomepics / pixabay (2); Juraj Varga / pixabay (2); StockSnap / pixabay (2); Dieter Ludwig Scharnagel / pixabay (4); Gundula Vogel / pixabay (4); Tilo Wirtz (5); Susann Dietzschold (5); Andreas Breitling / pixabay (6); Alexa / pixabay (6); Natalja Lunkina / pixabay (7); StockSnap / pixabay (7); Andrzej Rembowski / pixabay (8); Alexas_Fotos / pixabay (8); nvodicka / pixabay (8)

Gestaltung und Satz

Ostsüdost

Druck

LR Druckerei GmbH

Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 3000 Exemplaren gedruckt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat